

Editorial

„Frauen und Wirtschaft“, das Thema unserer diesjährige Tagung, steht auch im Mittelpunkt dieses Rundbriefes. Die Referate der Ökonomin Mascha Madörin und der Historikerin Tove Soiland können Sie hier lesen. Madörin betont dabei die Rückständigkeit der Schweizer Politik im Bereich von Gender-Mainstreaming, und Soiland erläutert die Verschiebung des Begriffs „Gender“.

Mit „Finanzen und die Gleichstellung von Mann und Frau“ beschäftigte sich auch die CSW-Jahreskonferenz, mehr dazu auf Seite 4.

Etiennette Verrey zeichnete in ihrer Rede an der Delegiertenversammlung des EFS den langen, harzigen Weg der Gleichstellung in der Schweiz. Dass viel erreicht, aber immer noch viel zu tun ist, wird anhand der Empfehlungen des UNO-Menschenrechtsrates klar, die sich auch auf Feststellungen des Schattenberichts zum 3. CEDAW-Staatenbericht abstützen. Der Staatenbericht und, wie Sie dem Rundbrief entnehmen können, auch unser Schattenbericht waren Thema am diesjährigen PräsidentInnen-treffen.

Die Tagung von FemWiss ging der Frage nach weshalb das in Geschlechterstudien generierte Wissen in der Öffentlichkeit kaum präsent ist. Zu welchen Schlüssen sie kamen, lesen Sie auf Seite 11.

Die Kampagne „Euro 08 gegen Frauenhandel“ wurde erfolgreich zu Ende geführt – über 70'000 Leute haben die Petition unterschrieben. Mit der Aktion „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“, setzt die feministische Friedensorganisation cfd ihr Engagement fort.

Der Beitrag von WIDE bietet einen Ausblick ins neue Jahr und einen ersten Einblick in ihre Tagung zum Thema Care-Ökonomie.

Lisa Kromer

Inhalt

Seite

Jahrestagung'08 NGO-Koordination	
Referat Mascha Madörin	2
Gender-Mainstreaming: Von der Strukturkritik zum Rollenverständnis	3
CSW	
Handlungsfähiger in der Wirtschaftspolitik?	5
Ausblick auf die Session 2009	5
Les sessions 2008/2009	6
CEDAW	
Die Wirtschaft im CEDAW-Staaten- und Schattenbericht	6
Arbeitstreffen des EBG	7
UPR	
Schweizer Menschenrechtspolitik unter der Lupe	8
EFS/FPS	
61. Delegiertenversammlung	8
61ième assemblée des délégués	10
OMC	
Echec de l'OMC – C'est la faute de l'agriculture	10
„Euro 08“	
Breite Unterstützung für Opferschutz von Frauenhandel	10
Tagung FemWiss	
Schnittstellen – Transmission	11
WIDE	
Tagung'09 zu Care-Economy	12
Ausblick	
11. AHV-Revision – Initiative für ein flexibles AHV-Alter	14
16 Tage gegen Gewalt an Frauen	15
16 jours contre la violence faite aux femmes	16
Jahrestagung'09 NGO-Koordination	16
Impressum	16

Jahrestagung '08 NGO-Koordination post Beijing Schweiz

Marianne Baitsch, Frauen für den Frieden, NGO-Koordination

Die diesjährige Jahrestagung sollte sich mit Frauen und Wirtschaft, Frauen in der Wirtschaft oder eben der zahlenmässigen Untervertretung der Frauen in der Wirtschaft, vor allem in führenden Positionen, befassen.

Welche Mechanismen sind notwendig, dies zu ändern? Haben Frauen keine Lust, sich in diesem männerdominierten Umfeld zu tummeln? Haben sie Berührungängste beim Thema Wirtschaft oder ist dies ein veraltetes Klischee, das zäh haftet?

Als sehr kritische Fachfrau kennen wir Mascha Madörin, die wir als Referentin anfragten. Sie akzeptierte und empfahl uns die Theoretikerin Tove Soiland als ergänzende Rednerin.

Mascha Madörin hatte kurz zuvor an der Konferenz der „Commission on the status of women“ in New York teilgenommen. Wobei sie feststellte, dass Schweizer NGOs, die Frauenanliegen vertreten, nicht anwesend waren. Sie forderte vehement dazu auf, mehr Mittel zu fordern, um mit ausgewiesenen Fachkräften arbeiten zu können.

Dies kommt auch in den nachfolgenden Aufzeichnungen aus ihrem Referat zum Ausdruck.

Referat Mascha Madörin

Zusammengefasst von Marianne Baitsch, Frauen für den Frieden, NGO-Koordination und Vivian Fankhauser, PBS, NGO-Koordination

Mascha Madörin begann ihr Referat mit der Feststellung, dass in der Schweizer Politik Gender-Mainstreaming stark vernachlässigt wird. Auch im Bereich „Financing of Gender Equality“, einem neuen Aspekt in der Genderdiskussion, habe die Schweiz einen abscheulichen Rückstand. Ein grosses Problem sei, dass die Menschenrechte und die Wirtschaft als zwei völlig verschiedene Sachen wahrgenommen würden. Es fehlten die verbindlichen Beschlüsse. Zudem bestünden Finanzierungsprobleme. Dass sich z.B. die NGO-Koordination mit nur gerade einer 20%-Geschäftsstelle begnügen müsse, wird von der Referentin als lächerlich und als Affront empfunden. Damit könne in keinster Weiser wirkungsvoll gearbeitet werden. Finanzen haben mit Geschlechtergerechtigkeit zu tun. Aufgrund der Finanzen sieht man die wirkliche Prioritätensetzung.

Sie stellt auch fest, dass die UNO in Sachen Gender-Equality viel weiter fortgeschritten sei als etwa die EU oder gar einzelne Staaten. An der Jahreskonferenz der CSW (Commission on the status of women) waren es vor allem die Frauen aus dem Süden, die folgende Kritik geäussert haben:

- die währungspolitischen Massnahmen hätten einen asymmetrischen Einfluss auf Frauen und Männer
- fehlendes Gender-Budgeting in den Staatshaushalten
- Liberalisierung und Globalisierung bringen Benachteiligungen für die Frauen
- das Problem von bezahlter und unbezahlter Care-Economy

Als neuer Standard in Kapital- und Finanzmärkten gelte es, zu jeder Operation die Frage nach den Auswirkungen auf Frauen und Männer zu stellen. In der Schweiz ist dies noch nicht üblich.

Die Wirtschafts- und die Finanzpolitik muss mit Gender-Equality als Zielsetzung zu tun haben. Unter www.gender-budgets.org lässt sich feststellen, wie Gelder für den Staat eingenommen und ausgegeben werden.

An der Jahreskonferenz der CSW fehlten Stellungnahmen von Schweizer Organisationen. Es war nicht offiziell, was der Standpunkt der Schweiz ist. Eine Teilnahme an der Debatte sei nötig, denn dadurch werden Qualifikationen und Verständnis für die Materie erworben. Mascha Madörin forderte die NGO-Koordination eindringlich auf an zukünftigen Konferenzen teilzunehmen.

Zur Aktionsplattform von Beijing

Die Bereiche, die die Ökonomie betreffen, wurden laut der Referentin in der Schweiz noch nie diskutiert. Sie bezweifelt denn auch, dass die Aktionsplattform so heute noch durchsetzbar wäre. Es ist vieles darin enthalten, doch ist es moderat und entspricht dem Stand der 90er Jahre. Zu der Zeit war vieles in Diskussion, z.B.:

- Umverteilung der Arbeit
- Anerkennung der unbezahlten Arbeit
- Gender-Budgeting mit Initiativen auf Gemeindeebene

Diese Ideen müssen wieder neu initiiert werden.

Im Banking und in der Globalisierung sei die Schweiz international stark, im gesellschafts-politischen Bereich hingegen handle sie provinziell. Wirklich sehr gute Studien von Top-Wissenschaftlerinnen würden nicht veröffentlicht und bewirkten somit bei uns nichts.

Die Referentin stellt weiter fest, die Schweizerinnen seien international zu wenig vernetzt. Frauennetzwerke wie WIDE seien wichtig und brächten unverzichtbares Know-how.

Sie stellt in der Schweiz eine Trennung zwischen Wirtschaft und dem Rest der Gesellschaft, des gesellschaftlichen Lebens, fest. Die Wirtschaft hat einen Sonderstatus, ist das goldene Kalb. Die Schweiz betreibt seit dem 2. Weltkrieg eine neoliberale Wirtschaftspolitik und sei allgemein relativ konservativ.

Lobbying sei wichtig. Es muss für verbindliche Formulierungen und nachher für deren Umsetzung gekämpft werden. Die Netzwerke müssen Definitionsmacht ausüben.

In der Schweizer Tradition fehlten Frauen, die sich eigenständig profilierten, so die Feststellung von M. Madörin. Nationalismus und Patriotismus war immer männerlastig und männerbestimmt.

Gender-Mainstreaming: Von der Strukturkritik zum Rollenverhalten?

Tove Soiland

Am Beispiel von Gender-Mainstreaming in der EU

(Redebeitrag von Tove Soiland an der Jahrestagung der NGO-Koordination)

Ich möchte das, was Mascha Madörin gesagt hat, nochmals von einer anderen Ebene her angehen: Anhand einer Verschiebung des Begriffs *Gender*, seiner Bedeutung und was wir damit meinen.

Ich arbeite zur Frage, was durch die Verschiebung von Feminismus zu Gender inhaltlich geschehen ist. Ich stelle fest, dass *Gender-Mainstreaming*, was seine ursprüngliche Bedeutung und die Definition des Konzeptes von Beijing betrifft, bei der Aufnahme in die EU und noch mehr bei der Umsetzung in den Ländern und auf der Kommunalebene eine bedeutende Verschiebung erfahren hat: Während ursprünglich mit dem Konzept politische Rahmenbedingungen auf ihre Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis hin überprüft werden sollten, d.h. die strukturellen Rahmenbedingungen zum Thema gemacht werden sollten, Gender folglich Geschlechterverhältnis hiess, meint man heute mit Gender das Rollenverhalten von Personen. So kümmern sich Gleichstellungsbüros heute vorwiegend um Rollenverhalten (Personalpolitik, Karriereplanung, Arbeitsteilung als Privatsache) und nicht mehr um ökonomische Rahmenbedingungen, die geschlechtliche Positionen erzeugen. Diese Entwicklung spiegelt sich in der Entwicklung an den Unis, wo sich im Zuge der Institutionalisierung der Gender-Studies ein bestimmter Gender-Ansatz, nämlich der der Cultural Studies, durchsetzt: Auch hier heisst Gender vor allem Rollenverhalten; thematisiert werden Normen, letztlich das individuelle Verhalten. Weder wird das Geschlechterverhältnis als strukturelles thematisiert noch kommen ökonomische Rahmenbedingungen als wesentliches Strukturmerkmal von Geschlechterverhältnissen vor. Es findet eine Verschiebung von einer Strukturkritik zur Psychologisierung statt. Gender ist irgendwie, das aber sehr diffus, etwas „Kulturelles“ geworden. Aber eigentlich war es das schon immer: Das Geschlechterverhältnis wurde immer dem Soziokulturellen zugewiesen.

Meine Hauptaussage ist: Gender als Rollenverhalten soll einen in der Implementierung von Gender-Mainstreaming in der EU angelegten Widerspruch ausbalancieren. In dieser Verschiebung der Bedeutung des Wortes zeigt sich, dass ein Zielkonflikt bei der Implementierung von Gender-Mainstreaming nicht benannt wird.

Mein Handlungsvorschlag: Einfordern der Rahmenpolitik; natürlich ist das unrealistisch, aber es könnte als Agenda-Setting wirken: Alle Länder haben diese Dokumente schliesslich unterzeichnet! Also kann man sie auch darauf behaften. Die Zielkonflikte müssen wieder zur Sprache gebracht werden. Es braucht NGOs, die Widersprüche einklagen. Gender-Equality ist das Gegenteil von Gender-Inequality und nicht von Gender-Difference.

Zur Geschichte von Gender-Mainstreaming: Potenziale und ursprüngliche Idee

1985 Nairobi: Im Verlauf der 80er Jahre gab es in Südfrauen-Netzwerken und in Entwicklungsnetzwerken des Nordens eine Abkehr vom Verständnis, Frauen müssten lediglich in die nachholende Entwicklung integriert werden: Kritik an "Frauen als Wasser- und Entwicklungsträgerinnen".

Paradigmenwechsel aufgrund der Erkenntnis, dass das Integrationsmodell nicht funktioniert und nicht wünschbar ist.

Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank: Es geht um die Veränderung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen aus der Erkenntnis heraus, dass diese die Geschlechterverhältnisse massgebend prägen.

Die indische Frauenbewegung ist für die Entwicklung der feministischen Ökonomie zentral: Geschlechtsneutral wirkende wirtschaftspolitische Entscheide (Haushaltspolitik, Währungspolitik, Geldpolitik) haben zentralen Einfluss auf das Geschlechterverhältnis.

Die feministische Ökonomie hat also ihre Wurzeln in der Entwicklungsökonomie. Für uns wurde sie wichtig, weil mittlerweile auch der Norden strukturgepasst wird.

1995 Beijing: Gender-Mainstreaming wird in die Aktionsplattform aufgenommen.

Gender-Mainstreaming will ökonomische und politische Rahmenbedingungen daraufhin befragen, ob sie negative Auswirkungen haben. Neben den einzelnen Ländern führt auch die EU Gender-Mainstreaming ein.

Zehn Jahre danach: Der UNRISD- (United Nations Research Institute for Social Development) Bericht sagt: Weltweite Verdoppelung der Frauenvertretung in den Parlamenten; was nicht automatisch eine Veränderung in der Politik bedeutet. Frauen sind nicht in den Kommissionen anzutreffen, wo es um wirtschaftspolitische Fragen geht. Es konnte deshalb auch keine eigentliche Verbesserung der ökonomischen Lebensbedingungen festgestellt werden. Der Bericht hält insbesondere fest, dass Modernisierung mit neuer Ungleichheit einhergehen kann.

Wirtschaftswachstum führt nicht zwangsläufig zu mehr Gleichstellung, es kann sogar mit einer Vergrößerung der geschlechtlichen Ungleichheit einhergehen (Beispiel Südkorea, hoher Gender-Gap im Lohn).

Die Tatsache, dass Frauen stärker in den Arbeitsmarkt integriert sind, bedeutet nicht zwangsläufig eine Besserstellung. Öfter als emanzipatorische gibt es dafür überlebensnotwendige Motive.

Die vermehrte Erwerbstätigkeit von Frauen setzt zeitlich mit der so genannten Feminisierung der Arbeit ein: Deregulierung von Arbeitsverhältnissen und Beschäftigung im informellen Sektor.

Die Arbeitsmarktintegration sollte nicht an der Erwerbsquote, sondern am Erwerbsvolumen gemessen werden. Ursula Rosenbichler (2006, S. 113 f.): Die Teilzeitarbeit von Frauen hat in Österreich seit 1995 um 144'000 zugenommen, die der geringfügig Beschäftigten um 53'000. Die Vollzeitarbeit von Frauen ging um 7'000 zurück: 31 % der Frauen arbeiten Teilzeit, 3 % der Männer! Bezüglich der Gender-Mainstreaming-Vorgaben der Lissabon-Ziele hat Österreich aber bereits sein Ziel erreicht!

In der Schweiz gilt: 2007 waren 76% der männlichen (1991: 81 %) und 60 % der weiblichen Bevölkerung (1991: 57 %) ab 15 Jahren erwerbstätig oder auf Stellensuche. Während die Erwerbsquote bei den 15- bis 24-jährigen Frauen nur leicht unterhalb der entsprechenden Quote der Männer liegt, öffnet sich die Schere bei den höheren Altersklassen: Ab 25 Jahren ist die Erwerbsbeteiligung der Frauen in allen Altersgruppen deutlich niedriger als jene der Männer. Das unterschiedliche Erwerbsverhalten zwischen Männern und Frauen manifestiert sich jedoch vor allem im Umfang der Erwerbsarbeit: Mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen (57 %), aber nur 12 % der Männer gingen 2007 einer Teilzeitarbeit nach (Dritter Schweizer Staatenbericht zu CEDAW, B Ziff. 10).

Jährlich findet im Frühjahr die Konferenz der „Commission of the Status of Women“ statt. Sie ist dem UN Economic and Social Council angegliedert und unter anderem zuständig für die Überprüfung der Umsetzung der Aktionsplattform der UNO-Weltfrauenkonferenz von Beijing (1995). Seit 1997 werden an dieser Konferenz Schlussresolutionen zwischen den Regierungsdelegationen ausgehandelt, die sozusagen eine Weiterentwicklung und Anpassung der Beijing-Aktionsplattform darstellen. An der diesjährigen Konferenz wurde in einer Schlussresolution beispielsweise betont, wie wichtig nationale Institutionen der Gleichstellung und des Gender-Equality-Mainstreaming sind, dass diese Institutionen möglichst hoch im Staatsapparat angesiedelt werden und mit klaren Kompetenzen und finanziell adäquat ausgestattet sein sollten (§ 6 der Schlussresolution). Für die Schweiz ist dies eine sehr aktuelle Empfehlung, musste doch das Eidgenössische Büro für Gleichstellung in diesem Jahr die Leitung der Schweizer Delegation, die das EBG bisher an den Jahreskonferenzen der CSW innehatte, wegen Kürzungen seines Budgets an das EDA abgeben. Eigentlich ein Skandal.

Die Jahreskonferenz war in diesem Jahr dem Schwerpunktthema „Financing for Gender Equality“ – Finanzen und die Gleichstellung von Mann und Frau – gewidmet. Seit der Beijing-Konferenz ist es erst das dritte Mal, dass überhaupt ein wirtschaftspolitisches Thema Schwerpunkt der CSW-Jahreskonferenz darstellt. Dies obwohl genau besehen die Beijing-Aktionsplattform eine Fülle von wirtschafts- und sozialpolitischen Empfehlungen enthält. Wirtschaftspolitische Themen sind eben heisse Themen – nicht nur in der Schweiz.

Die nun vorliegende Schlussresolution wäre eine gute Gelegenheit, diesbezüglich über die Bücher – respektive über das Buch des Schweizer Aktionsplans von 1999 zur Umsetzung der Beijing-Beschlüsse – zu gehen und einen Bericht zur Umsetzung des Aktionsplans zu fordern oder zur Resolution, die nun an der CSW-Jahreskonferenz im letzten Frühjahr diskutiert wurde. Was wurde in der Schweiz davon bisher realisiert? Was ist diesbezüglich geplant? Wäre doch eine gute Frage nach zehn Jahren.

Nebst der Betonung der Notwendigkeit einer adäquaten Finanzierung der Gleichstellungsstellen und der Gender-Mainstreaming-Strukturen, gibt es noch andere wichtige Resolutionenpunkte:

Trotz Abschwächung der von CSW vorgeschlagenen Formulierungen wird in mehreren Paragraphen festgehalten, dass in *allen Bereichen* der Politik – *Wirtschafts- und Sozialpolitik wird explizit genannt!* – Gender-Mainstreaming implementiert werden soll. Ebenso sollten Programme, welche die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern, für *alle Bereiche staatlicher Politik* entwickelt und implementiert werden. Damit das möglich ist, müssen die dafür notwendigen nationalen Strukturen gefördert und *adäquat finanziert* werden. Besonders betont wird in der Schlussresolution auch die Wichtigkeit einer geschlechtsspezifischen und gleichstellungspolitischen Sicht auf die öffentlichen Finanzen, Investitions- und Entwicklungsprogramme und zwar wiederum auf *alle Bereiche der Staatsbudgets*.

Für eine Ökonomin, die sich seit Jahren mit Geschlechtergerechtigkeit, Wirtschaftspolitik und öffentlichen Finanzen befasst und sich immer wieder über die Abwesenheit jeglicher gleichstellungspolitischer Perspektiven in diesen Belangen ärgert, sind diese Schlussresolutionen, trotz ihrer Begrenzung, Musik – Musik allerdings mit etlichen Dissonanzen und enttäuschenden Passagen.

Diese Resolutionen haben zwar keinen bindenden Charakter, aber sie können immerhin zitiert werden. Sie sind zitierbar in Verhandlungen gegenüber dem Bundesrat und der Bundesverwaltung und eine gute Basis für unzählige Anfragen in Parlamenten.

CSW: Ausblick auf die Session 2009

Marie-Christine Fontana, SAJV, NGO-Koordination

Das Thema der Session 2009, die vom 2. bis am 13. März in New York stattfinden wird, ist „das gleichberechtigte Teilen der Verantwortung von Frauen und Männern, inklusive der Pflege im Zusammenhang mit HIV/AIDS.“¹ Dabei geht es nicht nur um die Pflege im Zusammenhang mit HIV/AIDS, sondern ganz allgemein um die ungleiche Verteilung der Aufgaben im Bereich der Pflege und der Hausarbeit und die

¹ The equal sharing of responsibilities between women and men, including caregiving in the context of HIV/AIDS.

damit verbundene Mehrfachbelastung von Frauen. Das 'review theme' ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen.

Das EDA, das die Schweiz an der Session der UNO-Frauenkommission vertritt, ist an einer engeren Zusammenarbeit mit den NGOs, das heisst auch mit der NGO-Koordination post Beijing Schweiz, sehr interessiert. Wer sich also für diese Sessionen oder spezifisch für die Themen der nächsten Session interessiert, kann sich gerne mit uns in Verbindung setzen.

Mehr Informationen finden Sie auf: <http://www.un.org/womenwatch/daw/csw/>.

CSW: Les sessions 2008/2009

Marie-Christine Fontana, CSAJ, NGO Coordination

La thématique principale de cette session de la commission de la condition de la femme a été le financement de la promotion de l'égalité des sexes et de l'autonomisation des femmes. Dans la déclaration finale, on trouve le constat suivant :

“La Commission de la condition de la femme réaffirme la Déclaration et le Programme d'action de Beijing, qui insistent sur le fait qu'il doit exister une ferme volonté politique de dégager les ressources humaines et financiers nécessaires pour renforcer le pouvoir d'action des femmes et qu'il faudra identifier et mobiliser toutes les sources de financement dans tous les secteurs pour réaliser les objectifs d'égalité des sexes et d'autonomisation des femmes.”

La thématique de la prochaine session, qui aura lieu du 2 au 13 mars 2009 à New York, sera la responsabilité partagée des femmes et des hommes, y inclus le soin dans le contexte de VIH/Sida. En d'autres mots, le thème sera le partage inégal du travail de soin, ou du ménage de manière plus générale, entre femmes et hommes, et, par conséquent, la surcharge des femmes. Le DFAE, qui représente la Suisse à cette session, est d'ailleurs intéressé d'avoir une collaboration plus étroite avec les ONG. Si vous êtes intéressées de participer à cette session ou sa préparation, veuillez nous contacter, merci.

Die Wirtschaft im CEDAW-Staaten- und Schattenbericht

Vivian Fankhauser, PBS, NGO-Koordination

Im Staatenbericht wird die Wirtschaft nur wenig ausdrücklich genannt. Inhaltlich findet sie sich aber im Wesentlichen in den Ausführungen zum Berufsleben. Sehr aufschlussreich sind diesbezüglich die zahlreichen Statistiken im Staatenbericht und die Ausführungen zu den Trends. Es wird aufgezeigt, dass die Erwerbsquote der Frauen in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, andererseits aber der Umfang der Erwerbsarbeit bei den Frauen deutlich niedriger ist als bei den Männern. Traurige Wirklichkeit ist nach wie vor, dass die Frauen im Allgemeinen eine niedrigere berufliche Stellung haben, im Verhältnis stärker von Arbeitslosigkeit betroffen und die Löhne im Durchschnitt deutlich tiefer sind.

Der Schattenbericht zeigt auf, dass Teilzeitarbeitende gegenüber Vollzeitarbeitenden mehrfach diskriminiert sind – etwa in den Sozialversicherungen, bei den Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten oder bei der Entschädigung von Überstunden. Ein Fünftel der Erwerbsverhältnisse von Frauen sind als prekär zu bezeichnen. Gerade in Tieflohnbranchen und allgemein im Dienstleistungssektor, in dem 85 % aller Frauen arbeiten, nehmen ungesicherte Verhältnisse wie Arbeit auf Abruf zu. Wir fordern deshalb, dass die heutigen arbeitsrechtlichen Bestimmungen umgesetzt werden und der zunehmenden Prekarisierung mit neuen arbeitsvertraglichen Regelungen begegnet wird.

Der Schattenbericht weist weiter darauf hin, dass die Erfahrung der vergangenen Jahre gezeigt hat, dass Sensibilisierungsarbeit und Anreizsysteme nicht massgeblich zur Beseitigung der Lohnungleichheit beitragen. Echte Erfolge gab es vor allem aufgrund von Zwang, also infolge von Lohnklagen. Die Behörden müssen deshalb mit Untersuchungskompetenzen ausgestattet und die Sanktionsmöglichkeiten bei Verstössen gegen das Gesetz ausgebaut werden. Zudem sind die Schlichtungsstellen zu stärken.

Beide Berichte widmen sich der Frage der unbezahlten Arbeit nur wenig, obwohl gerade deren Bedeutung immens ist. Die Anerkennung des wichtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beitrags der Frauen steht immer noch aus – vor allem in der sozialen Sicherheit. Gerade in dem Zusammenhang ist es äusserst wichtig, dass die AHV-Revision sozial- und frauenverträglich ausgestaltet wird, um eine noch weiter reichende Fortschreibung der Diskriminierung von Frauen zu vermeiden (vgl. Artikel S. 14).

Auch dieses Jahr lud das Eidgenössische Büro für Gleichstellung (EBG) zum PräsidentInnentreffen der Frauen- und weiteren gleichstellungsinteressierten Organisationen ein. Das Thema war die Frauenrechtskonvention CEDAW und der dritte Staatenbericht der Schweiz. Um dieses Thema einem möglichst breiten Publikum bekannt zu machen, wurde die Teilnahme über die Präsident/-innen hinaus erweitert.

Die NGO-Koordination war mit mehreren Delegierten und der Koordinatorin vertreten. Stella Jegher stellte in einem der Referate unseren Schattenbericht sowie Sinn und Zweck dieses Berichts vor.

In den weiteren Beiträgen am Vormittag berichteten Christine Schraner Burgener (EDA) und die Frauenrechtsexpertin Erika Schläppi von der Erarbeitung des dritten Staatenberichts im EDA.

Christine Schraner Burgener informierte, dass die sehr zeitaufwendige Arbeit, einen Staatenbericht zu schreiben, in Zukunft erleichtert werden soll, indem fortlaufend Aktualisierungen im Intranet eingefügt werden können. Dieses System der Stiftung Congenium hat sich bereits bei der Erarbeitung des Berichts zur Rassismuskonvention bewährt. Erika Schläppi, Expertin in Sachen Frauenrechte und an der Erarbeitung des dritten Staatenberichts beteiligt, erzählte, dass durch die Erarbeitung eines Staatenberichts viele Informationen aus den Kantonen überhaupt erst zusammengetragen werden. Damit hilft uns dieses internationale Instrument des Berichtverfahrens, mehr über die Umsetzung (oder die fehlende Umsetzung) der Gleichstellung in der Schweiz zu erfahren.

Am Nachmittag berichteten verschiedene Personen aus der Bundesverwaltung zu Projekten zum Thema Gleichstellung (Deza, Bundesamt für Gesundheit, Staatssekretariat für Bildung und Forschung, Seco, EDA), wobei aber leider nur im letzten Referat Bezug auf internationale Dokumente, genauer die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats, genommen wurde.

Das Diskriminierungsverbot in CEDAW und der Schweiz

Erika Schläppi hat in ihrem Referat auf einen wesentlichen Unterschied zwischen der Frauenrechtskonvention (CEDAW) und dem Schweizer Recht hingewiesen, nämlich beim Verständnis des Diskriminierungsverbotes. Dieser Unterschied zeigt, dass die Frauenrechtskonvention das schweizerische Recht wirklich bereichert (oder bereichern könnte), und dass es sich für uns lohnt, sie zu kennen und mit ihr zu argumentieren.

In CEDAW bezieht sich das Diskriminierungsverbot eindeutig auf die diskriminierte Gruppe der Frauen und verbietet deren Diskriminierung. Zugleich erlaubt es aber so genannte positive Diskriminierung („positive action“), die zwar im Moment Männer benachteiligt, um Frauen zu stärken, die aber langfristig die Gleichstellung der Geschlechter zum Ziel hat. Im Schweizer Recht, oder zumindest in der Praxis des Bundesgerichtes, ist diese positive Diskriminierung nicht möglich, da das Diskriminierungsverbot symmetrisch ausgelegt wird, zum Schutz beider Geschlechter vor Ungleichbehandlung. Eine Folge dieser Sichtweise ist, dass das Diskriminierungsverbot oft von Männern eingeklagt wird, die sich gegen eine Sonderbehandlung von Frauen (mit dem Ziel der Gleichstellung) wehren. Diese Interpretation ist umso erstaunlicher, als in der Schweiz sonst das Diskriminierungsverbot auch nur für die betroffene, d.h. diskriminierte Gruppe gilt.

Weitere Ausführungen zum Diskriminierungsverbot und den Unterschieden zwischen CEDAW und dem Schweizer Recht:

- Erika Schläppi: Frauenrechte und Menschenrechte: Wie kann die schweizerische Gleichstellungspolitik die internationale Dynamik besser nutzen? Eine Studie im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, Frauenfragen 2/2007, S. 49, 64/65.
- Erika Schläppi: Frauenrechte und Menschenrechte. Kurzfassung der Studie, Frauenfragen 2/2007, S. 10, 14.
- 1. und 2., sowie 3. Staatenbericht der Schweiz
- Schattenbericht zum 1. und 2. Staatenbericht (S. 7) und Schattenbericht zum 3. Staatenbericht (S. 15).
- www.humanrights.ch

Dieses Jahr haben vor dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf die ersten so genannten „Universal Periodic Reviews“ (UPR) begonnen. In diesen neuen internationalen Verfahren wird jeder Mitgliedstaat periodisch von den anderen Staaten dahingehend überprüft, ob er seine internationalen Menschenrechtsverpflichtungen einhält. Zwar handelt es sich um einen zwischenstaatlichen Prozess, jedoch können auch Nichtregierungsorganisationen eine wichtige Rolle spielen: Sie können dem UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte eine eigene Stellungnahme zukommen lassen. Sie können weiter den Vertretern und Vertreterinnen der Staaten, die den eigenen Staat unter die Lupe nehmen werden, Hinweise „zuspielen“, wo Defizite und Verbesserungsbedarf liegen. Last but not least bietet der Prozess die Möglichkeit, über die Medien Aufmerksamkeit für wichtige Menschenrechtsthemen zu schaffen.

Am 8. Mai 2008 war die Schweiz an der Reihe. Eine breite Koalition von NGOs aus der Schweiz hat diese Gelegenheit ergriffen und eine Stellungnahme verfasst. Die Initiative dazu ging von einigen internationalen Menschenrechtsorganisationen aus, darunter Amnesty International, Human Rights Watch, die Weltorganisation gegen Folter (OMCT), die Fédération internationale des droits de l'homme (FIDH) und das CODAP in Genf.

Die **NGO-Koordination post Beijing Schweiz** wurde von dieser NGO-Koalition um den Beitrag zur Thematik Frauenrechte / Diskriminierung angefragt. Wir haben die wichtigsten Anliegen eingebracht, die bereits aus dem Schattenbericht zur CEDAW-Konvention hervorgingen (vgl. Artikel S. 6), namentlich: die ungenügenden bzw. im Abbau befindlichen institutionellen Massnahmen für die Gleichstellung; die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, bei den Löhnen, in der Bildung und in den Sozialversicherungen; die doppelte Diskriminierung von Migrantinnen sowie deren ungenügenden aufenthaltsrechtlichen Schutz im Falle von (häuslicher) Gewalt.

Am 12. Juni wurde der Prozess abgeschlossen. Insgesamt 31 Empfehlungen waren von den anderen Staaten an die Schweiz abgegeben worden, zu denen der Bundesrat - den Verfahrensregeln entsprechend - wiederum abschliessend Stellung nehmen musste. 20 Empfehlungen hat er akzeptiert, wobei er etliche davon als bereits erfüllt betrachtet: Etwa den Schutz vor Diskriminierung, das Aufenthaltsrecht für Opfer von häuslicher Gewalt und ebenso den aufenthaltsrechtlichen Schutz von Migrantinnen im Fall von Gewalt oder Frauenhandel. Aus Sicht der NGOs stimmt dies allerdings nicht: Das Diskriminierungsverbot müsste zum Beispiel weit über das hinausgehen, was via Gleichstellungsgesetz geregelt ist, und beim Aufenthaltsrecht wird „übersehen“, dass der Ermessensspielraum der Kantone viel zu gross ist, als dass ein effektiver Schutz von Migrantinnen gewährleistet wäre (vgl. Artikel S. 10).

Elf Empfehlungen lehnte der Bundesrat hingegen ab. Unter anderem wollte er kein klares Engagement zugunsten der Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution eingehen; die Verbesserung des Diskriminierungsschutzes für sexuelle Minderheiten hält er nicht für nötig, ebenso wenig die Ratifizierung der Wanderarbeiterkonvention. Vor allem aber - zur großen Enttäuschung der NGOs - will der Bundesrat nichts wissen von einer Anerkennung der Justiziabilität (Einklagbarkeit) von sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechten. Diese sind aus seiner Sicht lediglich als programmatische Handlungsziele des Staates und nicht als individuell einklagbare Rechte zu betrachten. Dies ist auch aus frauenrechtlicher Sicht höchst enttäuschend, sind doch gerade Verletzungen der sozialen Rechte oft sowohl Ursache wie auch Folge von Frauendiskriminierung.

Gute Übersichten zum UPR-Verfahren finden sich auf der Website von MERS: www.humanrights.ch, Stichwort UPR.

61. Delegiertenversammlung der EFS Etiennette J. Verrey, alliance F, Präsidentin EKF, NGO-Koordination

Rund 60 Frauen aus der ganzen Schweiz trafen sich am 19. April 2008 im reformierten Kirchgemeindehaus in Baar. Die statutarischen Traktanden wurden von den Co-Präsidentinnen Eva-Maria Fontana und Heidi Zingg zügig behandelt. Zudem lehnten die Delegierten die SVP-Initiative „Für demokratische Einbürgerungen“ einstimmig ab und sprachen sich ebenso einstimmig für einen Vaterschaftsurlaub aus. Thema war auch die nationale Solidaritätskundgebung für Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf in

Bern, die eine Woche vorher stattgefunden hatte. Einmal mehr hat sich dabei die gute Zusammenarbeit zwischen den Frauen-Dachverbänden bewährt.

Viel erreicht – noch viel zu tun. Packen wir's an!

So lautete der Titel des Gastreferates zum Thema Gleichstellung im Arbeitsleben von Etienne J. Verrey, Fachfrau für Gleichstellungsfragen und Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen.

Zwei Zitate standen am Anfang ihres Referates: „Es gibt ein gutes Prinzip, das die Ordnung, das Licht und den Mann geschaffen hat und ein schlechtes Prinzip, welches das Chaos, die Finsternis und die Frau schuf.“ Wer das sagte, war nicht irgendein Hinterbänkler, sondern Pythagoras im 6. Jahrhundert vor Christus. Erstaunt da noch der lange, harzige Weg zur Gleichstellung von Frau und Mann? Die ersten (männlichen) Feministen finden sich im 17. Jahrhundert. Poulain de la Barre brachte das Problem damals auf den Punkt: « Tout ce qui a été écrit par les hommes sur les femmes doit être suspect, car ils sont à la fois juge et parti. »

In ihrem Vortrag erinnerte die Referentin an den Weg, den die Schweiz bezüglich Gleichstellung in den letzten vierzig Jahren gegangen ist, vom langen Kampf um die Einführung des Frauenstimmrechts im Jahr 1971 über die Verankerung des Gleichstellungsartikels in der Bundesverfassung 1981, die Schaffung von Gleichstellungsbüros, die Inkraftsetzung des Gleichstellungsgesetzes 1996 bis zur Einführung der Mutterschaftsversicherung 2004. Auf Gesetzesebene ist die Gleichstellung mittlerweile erreicht, bei der Umsetzung des Gesetzes hapert es bekanntlich. Immer noch existieren im Erwerbsleben Ungleichheiten wie Lohnunterschiede und ungenügende Vertretung von Frauen in der Politik und in den obersten Führungsgremien von Unternehmen. Zudem arbeiten Frauen viel häufiger als Männer in ungeschützten Arbeitsverhältnissen (kleine Teilzeitpensen, Gelegenheitsarbeit, Arbeit in Privathaushalten etc.). Und nach wie vor ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein wichtiges Thema. Dank dem Impulsprogramm des Bundes wurden zwar vermehrt Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung geschaffen, die Nachfrage wird damit aber bei weitem nicht gedeckt.

Ursachen für die Ungleichheiten gibt es viele und auch die sind sattsam bekannt: eingeschränkte Berufswahl für Frauen, kürzere Ausbildungsdauer und weniger höhere oder universitäre Ausbildung der Frauen, niedrigere Arbeitspensen (Teilzeit) mit geringeren Weiterbildungsmöglichkeiten und Karrierechancen sowie schlechterer sozialer Absicherung. Die nach wie vor vorherrschenden traditionellen Rollenbilder wirken auch noch im 21. Jahrhundert.

Es gibt noch viel zu tun, um diese Ungleichheiten zu beseitigen: Vermittlung neuer Rollenbilder, konsequentes Controlling bezüglich Lohngleichheit, Machtverteilung, Nachwuchsförderung/Ausbildung etc. und natürlich die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Gender-Mainstreaming (d.h. der Einbezug der Geschlechterperspektive in alle Bereiche des täglichen Lebens) ist zwar in der Schweiz durchaus ein Begriff, aber leider nicht viel mehr. Dies im Gegensatz zu Ländern, die das Gender-Mainstreaming konsequent umsetzen.

Beim Thema Sozialisation/Rollenverständnis gab es viele Aha-Erlebnisse die zeigten, wie sehr die meisten von uns noch in den traditionellen Mustern denken und handeln, wie sehr die Gesellschaft sich nach den Vorgaben der Männer richtet und wie wenig andere Denk- und Handlungsmuster überhaupt in Betracht gezogen werden. Hier gilt es, die Rollenbilder zu hinterfragen und die Vorteile (auch die ökonomischen) aufzuzeigen, die die Gesellschaft mit der Gleichstellung von Frau und Mann gewinnt.

Die verstorbene Ständerätin Josy Meier meinte: „Vili chlini Schrittl gänd au en grosse Gump.“ So ist es – packen wir's an!

61ième assemblée des délégués des FPS

Etiennette J. Verrey, alliance F, Présidente CFQF, NGO Coordination

Après la partie statutaire traitée par les co-présidentes Eva-Maria Fontana et Heidi Zingg les déléguées se prononcèrent unanimement pour un NON contre l'initiative de l'UDC « Pour des naturalisations démocratiques » et un OUI pour un congé paternel. Un sujet fut aussi la manifestation nationale en faveur d'Eveline Widmer-Schlumpf une semaine auparavant. A cette occasion la collaboration entre les grandes organisations féminines suisses avait été une fois de plus excellente.

Dans son intervention sous le titre « Nombreux sont les acquis – mais il reste encore beaucoup à faire. Empoignons-le ! » Etiennette J. Verrey, spécialiste des questions d'égalité et présidente de la Commission Fédérale pour les questions féminines, rappela les buts atteints sur le plan juridique et énuméra les inégalités toujours existantes dans le secteur du salaire, de la représentation des femmes aux postes de pouvoir et de la conciliation de la vie professionnelle et familiale. Les rôles traditionnels sont aujourd'hui encore en vigueur. Il y a encore beaucoup à faire pour arriver à une égalité digne de ce nom : sensibilisation pour de nouveaux rôles, un stricte *controlling* concernant les salaires, promotion de la représentation des femmes aux postes de pouvoir, la formation, la conciliation de la vie professionnelle et familiale et la mise en place du *Gender Mainstreaming* à tous niveaux.

Echec de l'OMC - C'est la faute de l'agriculture

Rosmarie Balimann, adf-svf

Voilà un des nombreux titres de cet été. Il faut bien qu'il ait un fautif.

L'Organisation Mondiale du Commerce – remplaçant le GATT qui ne s'occupait que des pays industrialisés – n'arrive pas à imposer la logique des pays riches dans le monde entier. Les pays émergents: l'Inde, la Chine, le Brésil font de la résistance.

Le ministre indien du commerce a déclaré qu'il ne ferait pas de concession, mettant en danger la survie des 650 millions de paysans indiens. Merci Monsieur le Ministre, parce que nous les paysans suisses, survivants, ne pesons pas lourd, pensez 1% du PNB. A côté de l'industrie, de la chimie et des banques qui font le reste. Madame Doris Leuthard pouvait allégrement nous immoler.

Mesdames votre travail est-il comptabilisé dans le **Produit National Brut**? Si oui, vous êtes bienheureuses; mon travail de toute ma vie n'a jamais été compté et pourtant je vous assure avoir beaucoup participé au bien-être de ma famille. Votre travail ménagé ou bénévole ne fait pas partie du PNB et pourtant...

La souveraineté alimentaire n'est-elle qu'un vœux de quelques féministes ou juste des pays du Sud? Elle est pourtant élémentaire.

L'autonomie énergétique fait plus parler, car la pénurie nous touche personnellement, vous y êtes confrontées au prix du fioul à la pompe, au coût de votre chauffage à mazout et bientôt à l'augmentation du prix de l'électricité. Ce qui est dans votre assiette est devenu plus cher?

Pour le moment elle est pleine votre assiette et en bonne ménagère vous trouvez les denrées avantageuses ou êtes vous retournées au marché, sans l'entremise des grands distributeurs?

Ce ne sont pas les producteurs qui font monter les prix mais les intermédiaires.

La mise en bourse des produits alimentaires doit être interdite et l'eau est un bien commun, pas la propriété des multinationales.

Breite Unterstützung für Opferschutz von Frauenhandel

Yvonne Zimmermann, Kampagne „Euro 08“

Die Kampagne «Euro 08 gegen Frauenhandel» ist am 11. September zu Ende gegangen. Mit einer Aktion auf dem Bundesplatz haben die Trägerorganisationen den Bundesbehörden 71'980 Unterschriften für die Petition «Mehr Schutz für die Opfer von Frauenhandel» überreicht. Die Petition fordert unter anderem, dass Opfer von Frauenhandel das Recht auf einen sicheren Aufenthalt in der Schweiz haben und in allen Kantonen einen gleich hohen Standard an Schutz und Unterstützung erhalten.

Dass die Schweiz davon noch weit entfernt ist, zeigt eine von der Kampagne erarbeitete Übersicht über die Kantone: Darin wird deutlich, dass deren Praxis bei Verdacht auf Frauenhandel grosse Unter-

schiede aufweist. Zwar werden in einigen Kantonen Polizeikräfte zu Menschenhandel geschult oder arbeiten die Behörden mit der Fachstelle FIZ zusammen. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung. So lange aber keine Standards für die Kantone bestehen, ist es für eine betroffene Frau eine Frage von Glück oder Pech, ob sie mit sensibilisierten Polizist/-innen in Kontakt kommt oder ob sie als Opfer unerkannt bleibt und wegen fehlender Aufenthaltsbewilligung ausgeschafft wird.

Fussballfans mit Spot informiert

Ziel der Kampagne «Euro 08 gegen Frauenhandel» – eines von 25 Frauen-, Männer- und Menschenrechtsorganisationen, Fachstellen für Gleichstellung, Hilfswerken, Gewerkschaften und Kirchen getragenes Projekt – war es, während der Fussball-Europameisterschaft die Öffentlichkeit zu Frauenhandel zu informieren und das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines verbesserten Opferschutzes zu fördern. Die Euro 08 bot eine einzigartige Gelegenheit, ein breites Publikum zu erreichen, insbesondere viele Männer. Gleichzeitig stellte sich die Schwierigkeit, mit einem komplexen Thema an Fussballfans zu gelangen, die sich in Feststimmung befanden und kaum auf die Konfrontation mit einer ernsthaften Botschaft gefasst waren.

Für die Information während der Euro 08 setzte die Kampagne auf einen Spot, der an den Grossevents sowie am Fernsehen gezeigt wurde. Der als Kinotrailer konzipierte Spot stellt in Spielfilmqualität den Albtraum einer Frau dar, die gehandelt und an die Sexindustrie verkauft wird. In einer schnellen Abfolge von starken Bildern schafft es der Film in 60 Sekunden, sowohl die Heftigkeit wie auch das Unfassbare von Frauenhandel wiederzugeben.

Wie zahlreiche Rückmeldungen gezeigt haben, wurde der Spot an den Grossevents gut wahrgenommen. Laut Angaben der Verantwortlichen konnte der Kurzfilm allein in Bern, Basel und Zürich sowie an elf weiteren Public Viewings von rund zwei Millionen Menschen gesehen werden. Auch wenn davon ausgegangen wird, dass weit weniger Fussballfans den Spot gesehen haben, konnte die Kampagne mit dem Spot ein sehr grosses Publikum erreichen.

Im Rahmen der Kampagne «Euro 08 gegen Frauenhandel» fanden zudem rund 40 öffentliche Veranstaltungen statt, organisiert von unterstützenden Organisationen. Die Veranstaltungsreihe und die eindrückliche Zahl der Unterschriften zeigen, dass ein weites Netzwerk von Unterstützenden ermöglicht hat, dass das Thema breit diskutiert und die Forderungen von diversen Sektoren unterstützt wurden.

Wie weiter?

Obwohl die Kampagne mit der Übergabe der Petition abgeschlossen wurde, ist die Arbeit für einen besseren Opferschutz natürlich noch nicht beendet. Wie eingangs ausgeführt, besteht in vielen Kantonen Handlungsbedarf. Der Vorstand der Kampagne wird nun in Zusammenarbeit mit unterstützenden Organisationen und Politiker/-innen in den Kantonen weitere Schritte planen, um eine Verbesserung der Situation der Opfer zu erreichen. Dabei sind wir froh, wenn die Organisationen, die die breite Ausstrahlung der Kampagne ermöglicht haben, weiter am Ball bleiben.

Tagung FemWiss: Schnittstellen – Transmission

Patrizia Mordini, FemWiss

Die internationale Tagung „Schnittstellen – Transmission“, organisiert vom Verein Feministische Wissenschaft Schweiz (FemWiss), fand am 14. Juni an der Universität Fribourg statt. Sie war ein voller Erfolg.

Interdisziplinär angelegt, war das Ziel, die Schnittstellen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu beleuchten. Ausgangspunkt des Themas „Schnittstellen – Transmission“ war die Irritation darüber, wie wenig wissenschaftlich fundiert viele Debatten zum Thema Geschlechterungleichheit sind. Wir stellten uns die Frage, wie es angehen kann, dass das in Geschlechterstudien (Gender-Studies) generierte Wissen in der Öffentlichkeit kaum präsent ist. Wie funktioniert der Wissens-Transfer - oder besser: Wieso nur so harzig?

Nach einem einleitenden Referat von Dr. Martine Chaponnière, Präsidentin des Beratungsorgans Gleichstellung von Frau und Mann bei den Fachhochschulen, standen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern acht Workshops zur Verfügung, in denen der Transfer des Gender-Wissens in die verschiedenen Felder untersucht wurde: der Wissenstransfer in die Politik, die Wissenschaftsarena, in Unternehmen (Gleichstellung als Führungsaufgabe), in die Berufs- und Fachhochschulbildung, in die soziokulturelle Arbeit und last, but not least in die Medien.

Als besonderen Erfolg wertet FemWiss die breite Palette der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Von Forschenden und Gleichstellungsbeauftragten bis zu Sozialarbeitern und Politikerinnen und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft.

Das Ziel der Tagung, den Gründen für den fehlenden Wissenstransfer auf den Grund zu gehen, wurde erreicht. Erste Strategien wurden entwickelt, um dem gegenwärtig beobachtbaren „Backlash“ zu begegnen und das fundierte Wissen aus der Genderforschung vermehrt einzubringen. Ohne die Bereitschaft der Medien, diesen Themen eine bessere Plattform zu geben, bleibt es jedoch bei einem langwierigen Prozess.

FemWiss stellt eine Tagungspublikation mit einer Auswahl der vorgestellten Präsentationen zusammen, die in Bände erhältlich sein wird.

Für weitere Informationen zum Verein FemWiss und zur Tagung: www.femwiss.ch

WIDE-Tagung'09 zu Care-Economy: Feministische Debatten neu lancieren Franziska Müller, cfd

Im Feld der Care-Arbeit finden zurzeit einschneidende Umwälzungen und Verschiebungen statt. Wie strukturiert die Geschlechterdifferenz diese Umlagerungen und was bedeuten sie für die Geschlechterverhältnisse? Die WIDE-Tagung vom 18.-20. Juni 2009 in Basel bietet Gelegenheit, feministische Analysen und Politiken zu reflektieren und weiterzuentwickeln.

Haushalten, kochen, waschen, kranke Mitbewohner/-innen oder Partner/-innen pflegen, Nachbar/-innen helfen, Kinder betreuen, Alte begleiten – dies sind nur einige der Sorgetätigkeiten, welche wir zu Hause erledigen – Frauen viel mehr, Männer viel weniger. Frauen sind auch die Hauptakteurinnen und Spezialistinnen im formellen Care-Sektor der Betreuung und Pflege. Ausgehend von den verfügbaren Statistiken schätzt die Ökonomin Mascha Madörin die Verhältnisse für die Schweiz folgendermassen ein: Rund 15 % der personenbezogenen bezahlten und unbezahlten Dienstleistungen werden im Erwerbsektor erbracht, über 80 % in Haushalten. Das unbezahlte Arbeitsvolumen der Care-Ökonomie ist etwa siebenmal grösser als das bezahlte. Für Männer machen care-ökonomische Tätigkeiten etwa 40 % ihres bezahlten und unbezahlten Arbeitsvolumens aus, für Frauen um die 70-80 %. Von der gesamten Arbeitszeit setzen Frauen und Männern nur noch rund zwei Fünftel im Wirtschaftsbereich der standardisierten Produktion und der unpersönlichen Dienstleistungen ein. Eine UNDP-Studie von 1995 kam zum Schluss, dass Frauen – zusätzlich zu ihrer Erwerbsarbeit – mehr als zwei Drittel der globalen unbezahlten Arbeit leisten. Dies entspricht etwa der Hälfte des weltweiten Bruttosozialprodukts.

Welche Ökonomie?

Care ist also nicht nur eine für das Leben und Wohlbefinden bedeutsame Tätigkeit, sondern Care-Ökonomie ist auch ein riesiger Wirtschaftssektor; in der Schweiz beispielsweise umfasst er mehr als die Hälfte des gesamten bezahlten und unbezahlten Arbeitsvolumens. Trotzdem blendet die Mainstream-Ökonomie den Care-Sektor noch immer aus und externalisiert ihn als Widerspruch und Problem. Dies hat vor allem mit ihrem exklusiven und engen Verständnis von Wirtschaften, Wirtschaft und Wirtschaftlichkeit zu tun – und mit mehreren Charakteristiken der Care-Ökonomie, die sich den Prämissen herkömmlichen ökonomischen Denkens verweigern: Als personenbezogene Dienstleistung lassen sich Sorgetätigkeiten nicht beliebig rationalisieren und lässt sich die Produktivität in diesem Sektor kaum erhöhen. Der Kostenfaktor steht zurzeit im Zentrum öffentlicher Diskussionen um Betreuung und Pflege, von Kostenexplosion ist die Rede. Diese Rede verkennt, dass Care-Arbeit vor allem teuer erscheint, weil in allen anderen Wirtschaftssektoren die Preise gesenkt wurden – durch Rationalisierung und Technologisierung oder durch Auslagerung der Arbeit an Billigproduktionsstandorte.

Feministische Ökonominnen fragen denn auch: Muss nicht auch das Soziale produziert werden und uns teuer sein? Wird nicht auch in Haushalten, im Care-Sektor, Reichtum produziert? Sie dekonstruieren die dominanten ökonomischen Paradigmen von Wachstum und Akkumulation sowie die Annahmen eines «freien» Markts, in welchem der Homo Oeconomicus ungebunden und rational agiert. Und sie verorten ökonomische Überlegungen in einer gesamtgesellschaftlichen Dynamik von sozialen und politi-

schen Bezügen und Machtstrukturen. Damit zeigen sie Geschlechterungleichheiten in allen ökonomischen Denk- und Handlungsfeldern auf und entlarven, wie sich die dominante Wirtschaftslehre über den Ausschluss des Care-Sektors aus der Ökonomie und die Delegation der Arbeit an die Frauen überhaupt erst halten kann.

Re-Visionen

Die bloße Thematisierung von Care stellt also das Verständnis und die Grundannahmen der ökonomischen Disziplin in Frage. In den 1970er Jahren hat die neue Frauenbewegung eine vielschichtige interdisziplinäre Debatte über unbezahlte Arbeit, Haushaltökonomie, Reproduktion, Sorgeökonomie, vorsorgendes Wirtschaften, Lebensweltökonomie und Sozialstaat lanciert. Die Etablierung der Care-Economy bedeutet, diese Ansätze für die Wirtschaftstheorie und -politik operabel zu machen. Dank hartnäckigem Lobbying feministischer Organisationen und internationaler Gender-Netzwerke wie WIDE hat Gender-Mainstreaming auch in wirtschaftspolitischen Fragen Einzug gehalten – zumindest besagen dies die Erklärungen wichtiger internationaler Organisationen, der UNO-Institutionen und selbst der Weltbank. Durch viel Forschung wissen wir heute mehr über die Arbeit, die Arbeiter/-innen und die Arbeitsbedingungen im Care-Sektor. 2009 erscheint zudem die UNRISD-Studie «Political and Social Economy of Care». Sie untersucht die verschiedenen Institutionen, welche Care leisten – Haushalt und Familie, Staat, Markt, NPOs –, und beleuchtet die Gender-Verhältnisse und -Dynamiken und ihre Bedeutung im Bezug auf Armut und soziale Rechte. Die Ergebnisse werden an der WIDE-Konferenz im Juni 2009 in Basel ausführlich präsentiert werden.

Vielversprechende theoretische und politische Ansätze, viel empirisches Wissen, die Etablierung von Gender-Mainstreaming – doch wo hat all dies Eingang gefunden in die Entscheidungsprozesse der Sozial-, Wirtschafts-, Entwicklungs- und Migrationspolitik? Wie – falls überhaupt – sind die von der neuen Frauenbewegung begonnenen wirtschaftstheoretischen und -politischen Diskussionen im Mainstream aufgenommen worden? Wo stehen wir heute mit unseren Konzepten, wo sind wir weitergekommen und welche Diskussionen sollten wir wieder aufnehmen und weiterentwickeln? Diesen Fragen wollen wir an der WIDE-Konferenz 2009 genauer nachgehen.

Welche Verschiebungen?

Im Feld der Care-Arbeit finden zurzeit einschneidende Umwälzungen und Verschiebungen statt. Sie gründen in den so genannten Care-Krisen und verweisen darauf, dass Armut immer mehr durch den Mangel an Zugang zu persönlichen Dienstleistungen und nicht zu Gütern geprägt ist. Ein UNDP-Bericht zur menschlichen Entwicklung warnte bereits 1999, dass der wachsende Wettbewerb durch Liberalisierungspolitik die Ressourcen für die Care-Ökonomie verknappt, vor allem die Zeitressourcen. Weiterhin blenden jedoch nicht nur die gängige Ökonomie, sondern auch das technische Gender-Mainstreaming die grundlegenden Fragen nach der Zeitökonomie aus. Sowohl die Entwicklungszusammenarbeit wie die hiesige Arbeitsmarkt- und Erwerbsförderungs politik gehen weiterhin von der falschen Annahme aus, dass Frauen freie Arbeitskapazitäten haben.

Interessant sind in diesem Zusammenhang vor allem diese Fragen: Welche Rolle spielen das Geschlecht und die Geschlechterdifferenz in den Verschiebungsprozessen? Wann greifen Institutionen Gender als Analysekategorie und Gender-Mainstreaming als Steuerungsinstrument auf, wann nicht? Letztlich muss auch die Frage gestellt werden, inwiefern ein für andere Ziele wirkungsgesteuertes Gender-Mainstreaming Care als typische Frauenarbeit (re-)konstruiert.

Die WIDE-Konferenz wird ein Licht werfen auf verschiedene Schauplätze der Verschiebungen im care-ökonomischen Bereich, die für die Geschlechterverhältnisse besonders bedeutsam sind. Dazu gehören die (Re-)Privatisierung der Care-Arbeit durch Verschiebung care-ökonomischer Tätigkeiten vom Staat zur Privatwirtschaft und vom Staat in die privaten Haushalte sowie die Neuverteilung der Haus- und Familienarbeit in den globalen Betreuungsketten.

Staaten und die Wirtschaft rechnen mit Frauen, die dem Erwerbssektor qualifiziert und flexibel zur Verfügung stehen. Damit entsteht zu Hause eine eigentliche Versorgungslücke, die nicht einfach mit Convenience Food oder mit den knappen und für viele zu teuren öffentlichen Betreuungsangeboten ge-

geschlossen werden kann. Die Lücke füllen zunehmend Migrantinnen, welche ihrerseits die Care-Arbeit weiter delegieren müssen an weibliche Verwandte oder an andere Migrantinnen aus dem Süden. Eine Kette von Verschiebungen kennzeichnet also den heutigen Umgang mit Care. Aufschlussreich ist, dass die Verschiebungen nicht zwischen den Geschlechtern, sondern fast ausschliesslich zwischen Gruppen von Frauen stattfinden.

Die globale Neuaushandlung von Arbeit und Geschlecht bedeutet eine Herausforderung für die feministische Politik. Dank Referentinnen und Besucherinnen aus verschiedenen Kontexten wird es an der WIDE-Konferenz möglich sein, das vielfältige Wissen über und die Erfahrungen mit Care-Ökonomie auszutauschen, verschiedene Ansätze zu verhandeln sowie vernetzte Alternativen zum neoliberalen ökonomischen Mainstream zu entwickeln und zu stärken.

Die WIDE-Jahreskonferenz 2009 wird organisiert von der «Working Group on Gender and Development». Sie fungiert als WIDE-Plattform Schweiz und ist ein Arbeitszusammenhang von Wissenschaftlerinnen, Mitarbeiterinnen aus NGOs, Gender-Studies-Instituten und staatlichen Institutionen sowie Aktivistinnen, welche zu Gender, Ökonomie und Entwicklung arbeiten. Das Programm für die Konferenz zu Care Ökonomie vom 18.-20. Juni 2009 in Basel wird ab Februar 2009 publiziert. Information: franziska.mueller @cfd-ch.org, www.wide-network.org/

11. AHV-Revision - Initiative für ein flexibles AHV-Alter

Frauenbündnis AHV

Versprochen noch und noch – aber nie gehalten!

Mit der 10. AHV-Revision wurde das Rentenalter der Frauen in zwei Schritten von 62 auf 64 Jahre erhöht. Gleichzeitig versprochen Parlament und Bundesrat, mit der 11. AHV-Revision ein sozial ausgestaltetes, flexibles AHV-Alter einzuführen.

Das Parlament hatte in der Erstauflage der 11. AHV-Revision anfangs 2000 eine sozial ausgestaltete Flexibilisierung vorgesehen. Diese wurde jedoch im Verlauf der Beratungen verworfen. Resultat: Die 11. AHV-Revision (Erstauflage) sah reinen Abbau vor. Es fehlte nicht nur eine sozial ausgestaltete Flexibilisierung des AHV-Alters. Im Gegenteil, das Rentenalter der Frauen sollte von 64 auf 65 Jahre erhöht werden. Kein Wunder, wurde diese Vorlage im Mai 2004 in einer Referendumsabstimmung mit 67.9 % der Stimmen und von allen Kantonen wuchtig abgelehnt. Frauen haben sie besonders deutlich abgelehnt: 75 % der stimmenden Frauen sagten Nein zu dieser Abbauvorlage.

Das Parlament hat bis heute das Versprechen der 10. AHV-Revision bezüglich Flexibilisierung des Rentenalters nicht eingelöst. Die neusten Beschlüsse des Nationalrates vom März 2008 sehen wieder eine Erhöhung des Rentenalters der Frauen, aber keine sozial ausgestaltete Flexibilisierung vor. Fazit: Wir sind keinen Schritt weiter als 2004! Wir treten an Ort!

Zudem: Bundesrat und Parlament haben bei jeder Abstimmung über Volksinitiativen zum AHV-Alter (Volksinitiativen zum flexiblen Rentenalter von KV-Schweiz und von den Grünen, November 2000) den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ein NEIN empfohlen. Einmal mehr haben sie wieder versprochen, das soziale flexible AHV-Alter würde nach Ablehnung der Initiative realisiert werden. Aber auch hier: Den Worten folgten keine Taten!

Frauen sind solidarisch, aber nicht einfach Opfer

Mit der 11. AHV-Revision (Neuaufgabe) ist erneut vorgesehen, das Rentenalter der Frauen von 64 auf 65 Jahre zu erhöhen. Dadurch fliessen jährlich rund 600 Millionen² Franken in die AHV-Kasse. Die Frauen sind bereit, ihren Beitrag für die Gleichstellung in der AHV zu leisten. Aber nicht bedingungslos! Sie fordern eine nachhaltige Gegenleistung für eine allfällige Erhöhung ihres Rentenalters: Das sozial flexible AHV-Alter.

Die Flexibilisierung des Rentenalters gehört auf die politische Agenda

Das Parlament hat in den letzten Jahren verschiedene Modelle der sozialen Frühpensionierung studiert. Es hat jedoch alle verworfen und beschlossen, die Volksinitiative „Für ein flexibles AHV-Alter“ ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung zu bringen.

² Quelle: Botschaft des Bundesrates zur 11. AHV-Revision (Neuaufgabe)

Aufgrund der Erfahrungen ist klar: Sollte die Initiative am 30. November 2008 abgelehnt werden, würde das Parlament kein soziales flexibles AHV-Alter beschliessen. Im Gegenteil. Es würde die Ablehnung als Beweis dafür nehmen, dass es keine solche Regelung braucht. Damit wäre ein soziales flexibles AHV-Alter für viele Jahre von der politischen Agenda gestrichen! Es ist auch davon auszugehen, dass das Rentenalter der Frauen im Rahmen der laufenden 11. AHV-Revision erhöht würde – ohne jegliche Kompensation.

Man darf sich also keinesfalls auf eine spätere Einführung des sozialen flexiblen AHV-Alters verträsten und in der Abstimmung vom 30. November 2008 zum Nein verleiten lassen. Die nicht unumstrittene Volksinitiative „für ein flexibles AHV-Alter“ ist die einzige und für lange Zeit letzte Möglichkeit für ein soziales flexibles AHV-Alter. Das taktische Ja ist wichtig denn: Je höher der Ja-Anteil desto grösser der Druck auf die Politik, die lang versprochene Flexibilisierung umzusetzen.

Flexibles AHV-Alter – besonders wichtig für Frauen

Viele Frauen haben wegen kleinen Erwerbseinkommen nur eine ungenügende oder gar keine zweite Säule. Müssen sie oder wollen sie vor dem ordentlichen Rentenalter aus dem Erwerbsleben aussteigen, haben sie heute kaum eine Möglichkeit, sich die Frühpensionierung von einer Pensionskasse finanzieren zu lassen. Wegen der fehlenden oder zu tiefen Rente der zweiten Säule, die zudem bei einem Vorbezug meistens auch reduziert wird, liegt ein Vorbezug mit Kürzung der AHV-Rente für die meisten Frauen nicht drin. Frauen können sich deshalb heute kaum je frühpensionieren lassen. Ein soziales flexibles AHV-Alter ist deshalb gerade für Frauen besonders wichtig. Gerade sie sind darauf angewiesen, dass die AHV-Rente bei einer Frühpensionierung nicht gekürzt wird.

Frühpensionierung ist heute meistens ein Privileg von sehr gut verdienenden Männern, wie aus sämtlichen Statistiken und Studien hervorgeht. Da die meisten Frauen nicht zu den Gutverdienenden gehören, sind sie bei einer vorzeitigen Pensionierung benachteiligt. Es ist eines der Ziele der Initiative, Frauen eine flexible Pensionierung ohne Renteneinbusse zu ermöglichen, jedenfalls dann, wenn sie aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nach einem arbeitsreichen Leben mit Erwerbs- und Familienarbeit darauf angewiesen sind.

Auch selbständig erwerbende Frauen haben meistens keine oder nur eine ungenügende zweite Säule. Für Frauen von Selbständigerwerbenden (Bauern, kleingewerbliche Tätigkeiten, "prekäre" Selbständigerwerbende) kommt dazu, dass ja oft auch der Ehemann keine zweite Säule oder (ausser dem Betrieb) substantielle Ersparnisse hat. Was bei finanziell sehr gut situierten Ehepaaren möglich ist, nämlich dass auch die Frau ihre Erwerbstätigkeit aufgibt, wenn der Mann sich pensionieren lässt, ist für Frauen solcher Selbständigerwerbender kaum möglich. Die Renteneinbusse ist zu gross.

16 Tage gegen Gewalt an Frauen: 25. November – 10. Dezember

Amanda Weibel, cfd

Die feministische Friedensorganisation cfd ruft zur Beteiligung an dieser internationalen Kampagne auf. Die 16 Aktionstage verbinden zwei internationale Gedenktage: Den internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen (25.11.) und den internationalen Menschenrechtstag (10.12.). Dank der Beteiligung von über 40 Partnerorganisationen wird das Spektrum der thematisierten Gewaltformen divers: Neben häuslicher und sexueller Gewalt kommen Stalking, Sexismus in der Werbung, Frauenhandel, geschlechtsspezifische Diskriminierung und Lohnungleichheit zur Sprache. Nicht nur die Gewalt gegen Frauen in der Schweiz wird mit vielfältigen Aktionen aufgezeigt, sondern auch die Arbeit, die Frauen und Männer dagegen leisten – Opfer- und Täterstellen beteiligen sich genauso wie Organisationen, die auf dem internationalen Parkett Friedensarbeit leisten.

Mit einer Tagung zu männlichen Rollenbildern in Konfliktkontexten sucht der cfd nach Zusammenhängen zwischen kriegsrischen Ereignissen und zunehmender häuslicher Gewalt und Repression gegenüber Frauen. Fachfrauen aus Algerien, Palästina und Kosovo analysieren Veränderungen, die sie in ihrer Arbeit mit Opfern und Tätern beobachten.

Weisse Schleifen sind international das Symbol des persönlichen Engagements für diese Kampagne.

Setzen Sie ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen und helfen Sie uns, weisse Schleifen zu verteilen!

L'ONG féministe pour la paix cfd appelle à participer à cette campagne internationale. Les 16 jours d'activisme relient deux jours de commémoration internationale: La Journée internationale pour l'élimination de la violence contre les femmes (25.11) et la Journée internationale des droits humains (10.12). Grâce à la participation de plus de 40 partenaires, le spectre des formes de violence thématiques est multiple: A côté de la violence domestique et sexuelle, la persécution psychique, le sexisme dans la promotion, la traite des femmes, la discrimination sexo-spécifique et l'égalité salariale sont prises en compte. Par des actions diverses, ce sont non seulement la violence contre les femmes en Suisse, mais aussi le travail que les femmes et les hommes accomplissent contre ce fléau qui sont mis en évidence. Ce sont aussi les centres de consultation pour victimes et pour agresseurs qui participent, ainsi que les organisations qui travaillent pour la paix au niveau international.

Lors d'une journée d'études sur les représentations masculines dans un contexte de conflits, le cfd cherche un rapport entre les événements de guerre et l'augmentation de la violence domestique et la répression contre les femmes. Des femmes spécialistes d'Algérie, de Palestine et de la Kosove analysent les changements qu'elles ont observés dans leur travail avec les victimes et les agresseurs. Des rubans blancs sont le symbole international de l'engagement personnel pour cette campagne.

Posez un signe contre la violence faite aux femmes et aidez-nous à distribuer des rubans blancs.

Für mehr Informationen kontaktieren Sie bitte/ Pour plus d'informations, veuillez contacter:

Amanda Weibel, amanda.weibel@cfd-ch.org, 031 300 50 60

Unter www.16tage.ch finden Sie das detaillierte Programm und Partnerinnen.

Sous www.16tage.ch vous trouverez le programme détaillé et les partenaires.

Jahrestagung 2009 der NGO-Koordination post Beijing Schweiz

Die nächste Tagung findet am **Samstag, den 21. März 2009 im Gemeindehaus der christkatholischen Kirche, an der Kramgasse 10, in Bern** statt.

Inhaltlich werden wir uns der Zusammenarbeit zwischen NGOs und institutionellen Gleichstellungsstellen widmen. Mehr Informationen folgen im neuen Jahr.

Über Ihre Teilnahme würden wir uns sehr freuen.

Impressum

Redaktionsteam: Vivian Fankhauser-Feitknecht, Marie-Christine Fontana, Lisa Kromer

Auflage: 300

Kontakt: NGO-Koordination post Beijing Schweiz, Lisa Kromer, Förlibuckstr. 226, 8005 Zürich, 044 563 81 10, info@postbeijing.ch, www.postbeijing.ch

NGO-Koordination post Beijing Schweiz

www.postbeijing.ch

Konto 41493.02, Raiffeisen Bern, BC 81488

Delegierte: Schweiz. Verband für Frauenrechte adf-svf, alliance F, Die feministische Friedensorganisation cfd, Coordination romande Suivi de Pékin, Demokratische JuristInnen Schweiz DJS, Evangelische Frauen Schweiz EFS, Fraueninformationszentrum FIZ, Frauen für den Frieden, Frauenkirchen-Synode Schweiz, Frauenrat für Aussenpolitik, Gender + Entwicklung, Jungwacht-Blauring, Juristinnen Schweiz, Pfadibewegung Schweiz PBS, Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV, Schweiz. Bäuerinnen und Landfrauenverband SBLV, Schweiz. Kath. Frauenbund SKF, SP Frauen Schweiz, Schweiz. Verband alleinerziehender Mütter + Väter SVAMV, Verband Wirtschaftsfrauen Schweiz, Verein Feministische Wissenschaft Schweiz FemWiss